

Die Waffen nieder – nein zum Krieg

Die Bombardierungen müssen sofort gestoppt werden. Notwendig ist ein umfassender Waffenstillstand, der Rückzug aller Truppen und ein zurück an den Verhandlungstisch.

Für einen Angriffskrieg gibt es keine Rechtfertigung. Die Mitschuld des Westens an der Zuspitzung der Situation, besonders der USA und der NATO, rechtfertigen keinesfalls diese militärische Aggression.

Politische Reaktionen des Westens sollten auf die Wiederaufnahme von Gesprächen gerichtet sein, weiteren Hass und Konfrontation vermeiden und nicht die Bevölkerung Russlands treffen. Deswegen lehnen wir Sanktionen ab.

Es gibt keine militärische, sondern nur eine politische Lösung auf der Basis der Prinzipien der gemeinsamen Sicherheit.

Die USA und die NATO waren nicht bereit, ernsthaft auf Verhandlungen über die legitimen Sicherheitsinteressen Moskaus einzugehen, die Moskau im Dezember vorschlug. Die Aggression Russlands ist außerdem eine Reaktion darauf, dass die Ukraine die Umsetzung von Minsk II mit Duldung des Westens seit acht Jahren blockiert und eine Veränderung dieser Situation und der damit verbundenen unerträglichen Lage der Menschen in der Ostukraine nicht erreichbar erschien. Schon zuvor hatten die USA internationale Abrüstungsabkommen wie den INF-Vertrag gekündigt. Die Folge war entfesselte Aufrüstung. Die europäischen NATO-Verbündeten haben sich der US-Politik angeschlossen, nicht nur mit Worten, wie zuletzt auf der Münchener Sicherheitskonferenz, sondern zum Teil auch durch Waffenlieferungen oder die Verlegung von Militärpersonal. Im nachhinein zeigt sich, wie ungeeignet Säbelrasseln und Drohgebärden sind. Was Deeskalation und Diplomatie gebracht hätten, wissen wir natürlich nicht. Und doch sind sie die einzige Perspektive für die Mehrheit der Menschen in der Ukraine, in Russland, in Deutschland. Das Prinzip der ungeteilten, gemeinsamen Sicherheit ist seitens des Westens ignoriert worden und man hat stattdessen einseitig vollendete Tatsachen geschaffen. Jetzt hat Russland seinerseits dies mit militärischer Aggression übertroffen. Dies ist nicht zu entschuldigen.

Eine Sicht auf die ganze Geschichte ist notwendig, um eine zukunftsorientierte Politik zu machen. Es ist notwendig, nicht weiter an der Eskalationsschraube zu drehen. Sanktionen sind schon seit Jahren Teil einer friedensgefährdenden Konfrontationspolitik und eines Wirtschaftskriegs gegen Russland. Sie haben keineswegs die beabsichtigte Wirkung erzielt, sondern das Gegenteil. Uns als Friedensbewegung kann es niemals um Putin, Biden und Großmachtinteressen gehen, sondern um Leben, Wohlfahrt und Frieden. Es geht um die Menschen in Donezk und Luhansk, um die Menschen in der Ukraine, in Russland und in ganz Europa.

Wir fordern:

- Sofortige Einstellung aller militärischen Aktivitäten;
- Konkrete Schritte zur Deeskalation;
- Schluss mit Kriegsrhetorik, Konfrontationspolitik und Sanktionen;
- Verhandlungen mit Russland auf der Grundlage eines klaren Bekenntnisses zu dem Prinzip der gemeinsamen Sicherheit;
- Aktives Eintreten für Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen;
- Beginn von Verhandlungen über eine dauerhafte Friedensordnung Europas von Lissabon bis Wladiwostok.

Lasst uns gegen den Krieg, für eine Politik der gemeinsamen Sicherheit auf die Straße gehen. Es gibt keine Alternative zu Dialog und Kooperation – gerade jetzt.

